

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Europafragen und Eine Welt
Herrn Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND UND
FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN
UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

24. Januar 2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102-0001#2019/0011- 0201 25.0011		Anja Fischer anja.fischer@stk.rlp.de	06131 16-4742

32. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29. Oktober 2019

hier: TOP 8 EU-Haushalt 2021-2027
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage 17/5523 –

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der erfolgten Zusage lasse ich den Mitgliedern des Ausschusses in der Anlage den erbetenen Sprechvermerk zukommen.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Raab

Vermerk

Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 29. Oktober 2019

TOP 8: EU-Haushalt 2021-27

z.B. Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Vorlage 17/5523

Die Verhandlungen über den künftigen EU-Haushalt – den Mehrjährigen Finanzrahmen – sind nach wie vor von hoher Aktualität. Verhandlungsgrundlage ist der umfangreiche Vorschlag, den die Europäische Kommission im Mai 2018 vorgelegt hat. Er enthielt nicht nur die Ausstattung des MFR, sondern auch Zahlen für die einzelnen Sektorbereiche. Das sind unter anderem die für Rheinland-Pfalz so wichtige Gemeinsame Agrarpolitik, aber auch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europa und der Binnenmarktbereich.

Kritisch ist insbesondere der Zeitplan. Der Brexit überlagert und blockiert nach wie vor alle wichtigen EU-Themen und damit auch die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Es ist bereits jetzt abzusehen, dass die neue Förderperiode nicht zum 1. Januar 2021 wird beginnen können. Der Europäische Gipfel vom 17. und 18. Oktober 2019 kam zunächst einmal überein, dass die aktuelle finnische Ratspräsidentschaft vor dem turnusmäßigen Dezembergipfel eine neue so genannte Verhandlungsbox mit konkreten Zahlen vorlegen soll. Selbst wenn es unter der kroatischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 gelingen sollte, die Verhandlungen unter den Mitgliedstaaten abzuschließen, bliebe der deutschen Ratspräsidentschaft noch die Verhandlung mit dem Europäischen Parlament. In Brüssel geht man allerdings davon aus, dass auch der Abschluss der Verhandlungen

in die deutsche Ratspräsidentschaft fällt. Die Bundesregierung befürchtet, dass dadurch wenig Gestaltungsspielräume für andere Themen im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft bleiben.

Es gibt bei den Verhandlungen zum MFR zwischen den Mitgliedstaaten vor allem drei Streitpunkte, die auch beim europäischen Gipfel am 17. und 18. Oktober nicht beigelegt werden konnten.

Zum einen geht es um die Höhe der künftigen Beitragszahlung der Mitgliedstaaten, auch gerade vor dem Hintergrund des Brexit. Mit dem Vereinigten Königreich fällt nämlich ein Nettozahler mit einem Volumen von rund 100 Milliarden Euro weg. Die Kommission hatte Beitragszahlungen in Höhe von 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten vorgeschlagen. In den Verhandlungen divergieren die Positionen von 1,0 Prozent – das ist auch die Position der Bundesregierung – über die von der Kommission angestrebten 1,11 Prozent bis hin zu 1,3 Prozent. Nach Angaben der Bundesregierung würde ein Beitrag in Höhe von 1,0 Prozent für Deutschland in absoluten Zahlen nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU einen Anstieg von aktuell 28 Milliarden Euro auf dann 38 Milliarden Euro bedeuten. Damit käme ein Viertel der Beitragszahlungen aus Deutschland. Der Nettosaldo Deutschlands beläuft sich aktuell auf rund 15 Milliarden Euro. Mit diesen Zahlen begründet die Bundesregierung ihre Verhandlungsposition. Sollte die Bundesregierung jedoch dem Kommissionsvorschlag von 1,11 Prozent zustimmen, würde das eine jährliche Mehrbelastung von 15 Milliarden Euro bedeuten. Mit anderen Worten hinter einem „Promille-Unterschied“ von 0,11 Prozent verstecken sich 5 Milliarden.

Der zweite Streitpunkt ist die Frage, wofür das Geld künftig ausgegeben werden soll. Dass es durch den Brexit letztlich Abstriche in diversen Politikbereichen geben wird, vor allem bei der Kohäsion, ist unstrittig. Im Vorfeld des Gipfels hatte die finnische Ratspräsidentschaft Vorschläge zur Aufteilung der Mittel unterbreitet, die im Gegensatz zur ursprünglichen Vorlage der Kommission weniger Abstriche in den Bereichen Kohäsion und Landwirtschaft vorsah und die Kürzungen in andere Programme umschichtete. Dies ginge dann insbesondere zulasten von Forschung und Innovation, der Außenpolitik und der Justiz. Auch dazu konnte kein Konsens gefunden werden. Erst wenn die Verteilung der Zahlen auf einzelne Rubriken bekannt ist,

können die Verhandlungen fortgesetzt werden. Momentan geht die Bundesregierung davon aus, dass Finnland die Verhandlungsbox am Anfang Dezember vorlegt.

Und schließlich ist und bleibt die Frage der Konditionalität ein kontroverser Punkt, also das Knüpfen der Auszahlung von Fördergeldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Dieser Vorschlag von EU-Haushaltskommissar Oettinger würde insbesondere Ungarn, Polen und Rumänien treffen und stößt natürlich dort auf massiven Widerstand.

Das Europäische Parlament spricht sich seinerseits für Beitragszahlungen in Höhe von 1,3 Prozent der Bruttonationalprodukts der Mitgliedstaaten aus sowie für die unabdingbare Einführung von neuen Eigenmitteln. Der Rat konnte sich diesen Standpunkten bisher nicht annähern und hält insbesondere neue Eigenmittel wie zum Beispiel die viel zitierte Plastiksteuer für nicht ausreichend, um die Lücke, die durch den Brexit entstehen wird, wirklich zu stopfen.

Wie Sie sehen, sind nicht nur die Verhandlungen der Mitgliedstaaten untereinander sehr schwierig. Auch die europäischen Institutionen liegen mit ihren Positionen weit auseinander. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 22. Oktober 2019 unterstrich der noch amtierende Kommissionspräsident Juncker, der Kommissionsvorschlag zum MFR sei das Mindeste, was Europa als Budget benötige. Die Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch lägen, seien nicht akzeptabel. Es sei unmöglich Europa und seine Zukunft mit 1 Prozent des Bruttosozialproduktes zu gestalten.

Auch der noch amtierende Haushaltskommissar Oettinger kritisiert den Stillstand bei den Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und fordert einen ambitionierten Kompromiss, der sich am ursprünglichen Vorschlag der Kommission orientiert. Davon nimmt er auch die Bundesregierung nicht aus. Ein deutlich kleinerer Haushalt ginge zulasten neuer Prioritäten, von denen letztlich Deutschland am stärksten profitieren würde.